

## **Beschlussempfehlung und Bericht** **des Ausschusses für Kultur und Medien (21. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Jörg Tauss, Eckhardt Barthel (Berlin),  
Monika Griefahn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD  
sowie der Abgeordneten Grietje Bettin, Volker Beck (Köln), Claudia Roth  
(Augsburg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 15/1988 –**

### **Chancengleichheit in der globalen Informationsgesellschaft sichern – VN-Weltgipfel zum Erfolg führen**

#### **A. Problem**

Die rasante Entwicklung zu einer globalen Informationsgesellschaft ist mit großen Zukunftschancen, aber auch mit enormen Herausforderungen verbunden, wenn es um die Herstellung von globaler Chancengleichheit und Teilhabe in diesem Prozess geht. Vor diesem Hintergrund soll der vom 10. bis 12. Dezember 2003 stattfindende VN-Weltgipfel zur Informationsgesellschaft eine weltweite Perspektive für die technische und inhaltliche Entwicklung in den kommenden Jahrzehnten aufzeigen sowie Schritte zur Überwindung der digitalen Spaltung einleiten.

#### **B. Lösung**

Annahme des Antrags.

Mit dem Antrag wird die Bundesregierung mit Blick auf den VN-Weltgipfel zur Informationsgesellschaft u. a. aufgefordert, auf die Verwirklichung der internationalen Chancengleichheit im digitalen Zeitalter hinzuwirken, die Anstrengungen zur Überwindung der globalen digitalen Spaltung zu verstärken und sich auf internationaler Ebene für die Achtung und Durchsetzung der Meinungs- und Informationsfreiheit in der globalen Informationsgesellschaft einzusetzen.

**Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU**

#### **C. Alternativen**

Ablehnung des Antrags.

#### **D. Kosten**

Kosten wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 15/1988 anzunehmen.

Berlin, den 10. Dezember 2003

### **Der Ausschuss für Kultur und Medien**

**Monika Griefahn**  
Vorsitzende

**Jörg Tauss**  
Berichterstatter

**Dr. Günter Krings**  
Berichterstatter

**Dr. Antje Vollmer**  
Berichterstatte<sup>rin</sup>

**Hans-Joachim Otto (Frankfurt)**  
Berichterstatter

## Bericht der Abgeordneten Jörg Tauss, Dr. Günter Krings, Dr. Antje Vollmer und Hans-Joachim Otto (Frankfurt)

### I. Beratungsverlauf

#### 1. Überweisungen

Der Antrag auf Drucksache 15/1988 ist in der 75. Sitzung des Deutschen Bundestages am 13. November 2003 an den Ausschuss für Kultur und Medien zur federführenden Beratung und den Auswärtigen Ausschuss, den Innenausschuss, den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen worden.

#### 2. Beratungsverlauf im Ausschuss für Kultur und Medien

Der federführende **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Antrag auf Drucksache 15/1988 in seiner 25. Sitzung am 10. Dezember 2003 abschließend beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU angenommen.

#### 3. Voten mitberatender Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner Sitzung am 10. Dezember 2003 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag auf Drucksache 15/1988 anzunehmen.

Der **Innenausschuss** hat in seiner Sitzung am 10. Dezember 2003 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag auf Drucksache 15/1988 anzunehmen.

Der **Rechtsausschuss** hat in seiner Sitzung am 10. Dezember 2003 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag auf Drucksache 15/1988 anzunehmen.

Der **Finanzausschuss** hat in seiner Sitzung am 10. Dezember 2003 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 15/1988 anzunehmen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** hat in seiner Sitzung am 10. Dezember 2003 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag auf Drucksache 15/1988 anzunehmen.

Der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** hat in seiner Sitzung am 10. Dezember 2003 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der

CDU/CSU empfohlen, den Antrag auf Drucksache 15/1988 anzunehmen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat in seiner Sitzung am 10. Dezember 2003 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und bei Enthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 15/1988 anzunehmen.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat auf die Abgabe eines mitberatenden Votums verzichtet.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner Sitzung am 10. Dezember 2003 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag auf Drucksache 15/1988 anzunehmen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner Sitzung am 10. Dezember 2003 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 15/1988 anzunehmen.

### II. Wesentlicher Inhalt des Antrages

Mit dem Antrag auf Drucksache 15/1988 wird die Einberufung des vom 10. bis 12. Dezember 2003 stattfindenden VN-Weltgipfels zur Informationsgesellschaft begrüßt, da dieser einen wichtigen Beitrag leisten kann, um eine die kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen und Herausforderungen umfassende globale Perspektive für die sich rasch entwickelnde Informationsgesellschaft aufzuzeigen. Die Bundesregierung wird mit Blick auf diesen VN-Weltgipfel u. a. aufgefordert, auf die Verwirklichung der internationalen Chancengleichheit im digitalen Zeitalter hinzuwirken, die Anstrengungen zur Überwindung der globalen digitalen Spaltung zu verstärken und sich auf internationaler Ebene für die Achtung und Durchsetzung der Meinungs- und Informationsfreiheit in der globalen Informationsgesellschaft einzusetzen.

### III. Ausschussberatungen

Die **Fraktion der SPD** hob hervor, dass der Wandel zur globalen Informationsgesellschaft eine umfassende Herausforderung für die internationale Gemeinschaft darstelle und über die technischen und wirtschaftlichen Aspekte hinaus grundrechtliche, soziale und kulturelle Implikationen habe. Mit dem Koalitionsantrag gehe es darum, das Ziel einer weltweiten digitalen Chancengleichheit und damit die Bekämpfung der nationalen wie internationalen digitalen Spaltung in den Mittelpunkt der politischen Gestaltung zu stellen. Die ungleiche Verteilung der Zugangs- und Nutzungsmöglichkeiten neuer IuK-Technologien innerhalb der Staaten sowie international zwischen der OECD und den Schwellen- und Entwicklungsländern müsse durch geeignete

Maßnahmen abgebaut werden. Ohne eine Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit sei dies nicht erreichbar. Die Zukunftschancen in der entstehenden Wissensgesellschaft hingen aber wesentlich von der Lösung dieser Probleme ab. Der VN-Weltgipfel in Genf könne einen ersten wichtigen Schritt in diese Richtung bedeuten. Die SPD-Fraktion werbe für die Zustimmung aller Fraktionen, um den immensen Herausforderungen gemeinsam gerecht werden zu können.

Die **Fraktion der CDU/CSU** kritisierte, dass der Koalitionsantrag zu spät auf den Weg gebracht worden sei, um politisch wirksam zu werden, nachdem der Weltgipfel bereits heute beginne und der Antrag erst morgen im Plenum beschlossen werde. Inhaltlich weise der Antrag der Koalition erhebliche Schwächen auf, ohne konkrete Punkte zur deutschen Position und sei insgesamt zu diffus. Darüber hinaus gehe der Antrag von einer unrealistischen Annahme der tatsächlichen Chancen und Potenziale der IuK-Wirtschaft in Bezug auf die Schwellen- und Entwicklungsländer aus. Selbst die Beschreibung der gegenwärtigen Lage der deutschen IuK-Wirtschaft falle bei weitem zu positiv aus. Auch im Hinblick auf die Regelungsgegenstände des 2. Korbs zur Novelle des Urheberrechts habe der Antrag versäumt, deutliche Aussagen zu treffen. Durch ihre unzureichende Vorbereitung zum Weltgipfel habe die Bundesregierung die Chance verpasst, angesichts der bestehenden Herausforderungen der Informations- und Wissensgesellschaft rechtzeitig Impulse zu setzen. Zudem habe die Bundesregierung die Gelegenheit verstreichen lassen, den Weltgipfel zu nutzen, um den notwendigen Dialog mit der Wirtschaft und den Vertretern der Zivilgesellschaft über die Ziele auf dem Weg in die nationale und die globale Informationsgesellschaft neu zu beleben. Die kurzfristige Absage des Bundeskanzlers, der seine Teilnahme an der Konferenz ursprünglich zugesagt habe, symbolisiere dies.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betonte nachdrücklich die politische Bedeutung des Weltgipfels. Die Herausforderungen der Informations- und Wissensgesellschaft seien globaler Natur. Deshalb könnten die Lösungen für einen gerechten weltweiten Zugang zu Informationen und Wissen und zur Überwindung der digitalen Spaltung zwischen Nord und Süd nur in einem internationalen Dialog gefunden werden. Dabei seien soziale und kulturelle Aspekte neben technischen Lösungen stets mit zu berücksichtigen. Man erwarte von dem Weltgipfel in Genf wichtige Anstöße in diese Richtung. Der Multi-Stakeholder-Approach des Weltgipfels, durch den Zivilgesellschaft, internationale Organisationen und Wirtschaft neben den Regierungen in die Konferenz einbezogen würden, sei zu begrüßen und könne als Modell für zukünftige VN-Konferenzen dienen. Die Mitspracherechte der Vertreter der Zivilgesellschaft seien aber noch ausbaufähig, da ihnen auf dem Weltgipfel nur eine vorwiegend beratende Funktion zukomme. Erfreulicherweise seien die Vertreter der Zivilgesellschaft in der deutschen Delegation direkt vertreten.

Die **Fraktion der FDP** unterstrich, dass der Weltgipfel nicht nur inhaltlich, sondern auch organisatorisch Neuland betrete, indem Zivilgesellschaft und Wirtschaft in einem Multi-Stakeholder-Prozess beteiligt würden. Es sei daher besonders wichtig, den Weltgipfel mit präzisen inhaltlichen Positionen vorzubereiten, um das Ziel der Konferenz, einen Grundkonsens für die globale Informationsgesellschaft herzustellen, erreichen zu können. An dieser Präzision mangle es aber dem Koalitionsantrag, der ein zu langatmiger und unverbindlicher Antrag sei. Man erwarte von der Bundesregierung, dass sie sich für den Erfolg der Konferenz einsetze. Der „digitale Graben“ zwischen Nord und Süd müsse überbrückt werden. Es müsse gelingen, weltweit einen politischen, juristischen, wirtschaftlichen und technischen Rahmen für den Zugang aller Menschen zu den Möglichkeiten der Informationsgesellschaft herzustellen.

Berlin, den 10. Dezember 2003

**Jörg Tauss**  
Berichtersteller

**Dr. Günter Krings**  
Berichtersteller

**Dr. Antje Vollmer**  
Berichterstellerin

**Hans-Joachim Otto (Frankfurt)**  
Berichtersteller